Hamburger Fremdenblatt 13.IV. 1916 151

Sozialpolitik nach dem Kriege.

Es ist selbstverständlich, daß mit dem ersten Friedenstage alle Bestimmungen wieder aufgehoben werden müssen, die den Arbeiterschutz beschränken. Es handelt sich dabei namentlich um das Notgesetz vom 4. August 1914, das die ausgedehntere Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen erlaubt. Diese Erlaubnis ist lediglich eine Folge des schwierigen Kriegszustandes; aber auch die Reichsregierung bestreitet nicht, daß sie auf den Gesundheitszustand der weiblichen und jugendlichen Arbeiter einen üblen Einfluß äußerte. Doch wir können uns nicht darauf beschränken, nach dem Kriege lediglich den alten Zustand wiederherzustellen. Alle Sozialpolitik verlangt Entwicklung, Fortschritt, wenn sie nicht verknöchern und dem lebenden Organismus des Volkskörpers und seinen Bedürfnissen sich anpassen, ihn zu glücklicher Erfüllung höherer Aufgaben befähigen soll. Gerade in diesem Kriege lernten wir, wie wertvoll eine umsichtige soziale Fürsorge dem Reich wurde. Die Schlagfertigkeit unserer Heere, vor allem aber auch die gewaltige und hinreißende Einmütigkeit, mit der die lohnarbeitende Klasse in den Kampf um das Reich eintrat, und die Aufopferungsfähigkeit in Not und Tod, die auch den schlichtesten Arbeiter heute beseelt, zeigen, welche guten Früchte die deutsche Sozialpolitik trug. Sie hat auch dem ärmsten Arbeiter das Reich wert gemacht; wenn er im Frieden von politischer Leidenschaft und Bitterkeit — oft übrigens nicht ohne Grund — erfüllt war, als es um das Ganze ging, da wußte er, was auch ihm am Deutschen Reiche verloren gehen werde, und auch der einst reichsverbitterte Arbeiter hat sich überall wie ein Held geschlagen und wird es ferner tun, solange das notwendig ist.

Der arbeitenden Klasse ist während des Krieges und in einem Augenblick, als Feinde ringsum gegen Deutschland aufstanden, die Erkenntnis gekommen, daß das Reich für sie ein wertvolles Gut birgt; das ist unsere Arbeiterversorgung, unsere Sozialpolitik und der öffentliche Wille, sie immer mehr zu vertiefen und den sozialen Notwendigkeiten anzupassen. Dieser öffentliche Wille darf nach dem Kriege nicht stillstehen. Jedem Volksgenossen muß das Reich, sein Vaterland, immer mehr wert und teuer werden. Auf sozialpolitischem Gebiet handelt es sich zunächst darum, die schweren Schäden an Leben und Gesundheit, die uns der Krieg brachte, auszugleichen. Das allein erfordert eine umfangreiche soziale Fürsorge, die ihren Ursprung nehmen muß in der Ueberzeugung, daß neue Opfer und neue Wege zur Erreichung großer sozialer Ziele notwendig sind. Denn es handelt sich für uns nicht nur darum, auszugleichen, sondern weiterzukommen. Dazu ist es unerläßlich, manches, das vor dem Kriege erst in leisen Anfängen vorhanden war, weiter auszubauen, neue sozialpolitische Gedanken, die noch stark umstritten wurden, zu klären, und, wenn sie uns vorwärtsbringen, ohne Vorurteil und Engherzigkeit zu verwirklichen. Wir müssen uns gewöhnen, auch auf sozialpolitischem Gebiet in Zukunft nach größeren Gesichtspunkten als früher zu handeln, und je eher die Richtlinien auf diesem Gebiete festgesetzt und erörtert werden, um so besser ist es.

Vielfach wird es sich nur darum handeln, diese Richtlinien weiter hinauszuschieben. Das ist sowohl auf dem Gebiete des Arbeiterrechts, wie auf dem des Arbeiterschutzes und der eigentlichen Fürsorge der Fall. Die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften als unpolitische Vereine, das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien, das wahrscheinlich den Krieg überdauern wird, eine nennenswerte Verbesserung der Arbeiterwitwen- und Waisenrenten sind auf diesem Wege liegende Maßnahmen. Vor allem hat der Krieg die Notwendigkeit einer umsichtigen und großzügigen Bevölkerungspolitik bewiesen. Wir dürfen uns hier nicht durch kleinliche, an hergebrachten Gedankenkreisen festhängende Bedenklichkeiten beirren lassen, sondern müssen mit starker und sicherer Hand zugreifen. Vermehrter Mutterschutz, selbst mit erheblichen öffentlichen Opfern, ist eine der wichtigsten Forderungen des Tages. Die Säuglingspflege litt auch in unseren guten Jahren vor dem Kriege an einer außerordentlichen Knappheit der Mittel. Das muß in Zukunft anders werden. Hohe Kindersterblichkeit bekämpft man nicht allein mit Beschlüssen und Wohlwollen, das die Hand auf den Beutel hält, sondern wirksam nur durch Aufwendung beträchtlicher Mittel. Reich, Einzelstaaten und Gemeinden müssen diesen Zweig der sozialen Fürsorge nicht nur gewissermaßen als eine nebensächliche Anstandspflicht, sondern als eine ihrer wichtigsten sozialen Aufgaben betrachten. Jede Hygiene kostet Geld, und auch die Gesundheit der Säuglinge ist im wesentlichen, wie die ärztliche Wissenschaft festgestellt hat, eine Frage der Hygiene; eine Wohnungsfrage. Die meisten Säuglinge sterben in erhitzten Dachwohnungen. So stößt man auch hier, wie bei der Tuberkulosenfürsorge, auf die Notwendigkeit einer kräftigen Wohnungspolitik, die sich nach dem Kriege nicht nur in der erwünschten und ausreichenden Fürsorge für Kriegsteilnehmer zu erschöpfen hat, sondern selbstverständlich alle Bevölkerungsschichten umfassen muß, die unter den heutigen Wohnungsverhältnissen leiden. Die Frage, wie weit Reich, Einzelstaaten und Gemeinden hier gehen sollen, ob gemeinnütziger Selbsthilfe oder öffentlicher Hilfe auf Grundlage öffentlicher Mittel der Vorzug zu geben ist, wird noch vielfach umstritten. Jedenfalls lehrt die Erfahrung, daß die Selbsthilfe durch genossenschaftliche oder ähnliche Vereinigung bisher nicht die Kraft besaß, die Wohnungsfrage derart zu beeinflussen, daß von einer schweren Not der kleinen Mieter nicht mehr die Rede sein kann. Die Folgerungen müssen zum Besten unserer Volksgesundheit nach dem Kriege noch mehr als früher gezogen werden. Die notwendige Grundlage, zu besseren Verhältnissen auf diesem Gebiet zu kommen, ist eine umsichtige Bodenpolitik im Reich, Bundesstaaten und Gemeinden, wie sie von den letzteren besonders die Stadt Ulm seit einer Reihe von Jahren mit großem Erfolg betrieb. Eine bessere Boden- und nicht zuletzt eine bessere Verkehrspolitik, die ohne weiteres, indem sie den Massen, die für ihren Erwerb auf einen bestimmten Mittelpunkt angewiesen sind, das Wohnen im weitesten Umkreise ermöglicht, ein gutes Stück Wohnungsfürsorge bedeutet. In dieser Beziehung sind die staatlichen Bahnverwaltungen ihrer Aufgabe bisher wenig gerecht geworden. Die Tarife sind zu engherzig, die Fahrpreise zu hoch, die Verkehrsmöglichkeiten zu selten, die Einrichtung der Wagen, die den ermüdeten Arbeitern auch das Ausruhen erlauben sollen, zu dürftig. Hier heißt es, sich von allen fiskalischen Bedenken freimachen; denn eine wirksame Wohnungsfürsorge ist ohne eine weit entgegenkommende Verkehrspolitik nicht möglich.

Nach dem Kriege wird endlich auch das Problem einer hinreichenden Arbeitslosenversicherung gelöst werden müssen. Es hat schon vor dem Kriege einen breiten Raum in der öffentlichen Erörterung eingenommen, ohne daß man über die beste Lösung dieser Frage zur Klarheit gelangt ist. Doch hat sich in allen sozialpolitischen Kreisen die Ueberzeugung gefestigt, daß diese Arbeitslosenfürsorge eine notwendige Ergänzung unserer Sozialversicherung ist und ein Weg gefunden werden muß, um, vielleicht im Zusammenwirken von Staat, Gemeinden und Arbeitervereinigungen, zu ihr zu gelangen. Wie bei der Wohnungsfürsorge die Verkehrspolitik, so ist bei der Arbeitslosenversicherung der Ausbau des öffentlichen Arbeitsnachweises die Grundlage. Hier waren schon vor dem Kriege gute Anfänge vorhanden, die verhältnismäßig leicht den Erfordernissen entsprechend ausgestellt werden können. Ein Muster ist in dieser Beziehung der Zentralarbeitsnachweis für den Regierungsbezirk Dresden, der, mit geldlicher Unterstützung vom Staat und der Stadt Dresden, so ziemlich allen Anforderungen entspricht, die an eine derartige Einrichtung zu stellen sind.

Sehr viel mehr wird der Staat nicht nur mittelbar, sondern auch unmittelbar auf dem Gebiet der Bekämpfung großer Volkskrankheiten leisten müssen. Was er gegen die Tuberkulose aufwendet, ist bekannt und in Anbetracht der Größe und Wichtigkeit der Aufgabe bescheiden. Aber er wird seine Aufgabe auch besonders den furchtbaren Verheerungen unserer Volkskraft durch die krebsartigen Krankheiten, durch Syphilis und Alkoholismus zuwenden müssen. Bisher hat er hier nicht viel mehr getan, als seinen guten Willen gezeigt. Wie weit es möglich und wünschenswert ist, Teile unserer sozialen Kriegswirtschaft mit in den Frieden hinüberzunehmen, läßt sich heute noch nicht entscheiden. Daß aber aus ihr bedeutende Anregungen mit weitausschauenden Möglichkeiten für die Zukunft gezogen werden, ist begreiflich. Jedenfalls werden auch auf dieser Grundlage Probleme auftauchen, mit denen der Sozialpolitiker und das Reich sich nach dem Kriege auseinanderzusetzen haben.

Neue Gedanken und Forderungen von vielleicht gewaltiger Tragweite treten zu alten Wünschen und Aufgaben. Es wird eines klugen Schiffers bedürfen, durch dieses klippenreiche Meer zu steuern. Ob der neue Staatssekretär des Innern die Kraft und den sicheren Blick für den besten Kurs besitzt, muß die Zeit lehren.

Johannes Corvey.